

F.D.P.-Ortsverband Morschen
Elzestraße 11
34326 Morschen
Tel. (0 56 64) 3 79

Postwurfsendung

AN ALLE
HAUSHALTUNGEN

34326 MORSCHEN

18.12.95

LIBERALER BÜRGERBRIEF NR. 18

LIEBE BÜRGERINNEN, LIEBE BÜRGER,



erholen Sie sich über die
Weihnachtsfeiertage, sammeln Sie Kraft für neue Unternehmen und besinnen Sie sich auf das Wesentliche im Leben - fernab vom

Rummel der Welt und allem Unwesentlichen.
Frohe Weihnachten und die besten Wünsche zum Neuen Jahr - Ihre F.D.P.-Morschen.

ZUKUNFTSENTWICKLUNG MORSCHENS

In unserem LIBERALEN BÜRGERBRIEF Nr. 17 haben wir einen konstruktiven Beitrag zur Weiterentwicklung Morschens veröffentlicht. Die für uns enttäuschende Antwort des Bürgermeisters: Wir würden Un- bzw. Halbwahrheiten über unsere Gemeinde verbreiten und Vergleiche mit Heinebach könne er keine anstellen, da ihm entsprechende Vergleichszahlen fehlen. - Wir streben ein vereintes Europa an, aber Einwohnerzahlen, Kindergarten- und Arbeitsplätze oder Zahlen über

Förderung des Wohnungsbaues in Heinebach, liegen im 5 km weit entfernten Morschen nicht vor. **Die Meinung des LIBERALEN BÜRGERBRIEFS: Wenn es um die zukünftige Entwicklung unserer Gemeinde geht, sollte man es sich nicht so leicht machen!**

HEILE WELT IN MORSCHENS ORTSTEILEN?

In der Gemeindevertretersitzung am 30.11.95 ging es u. a. um den Gipsabbau in Konnefeld. Die Konnefelder Bürgerinnen und Bürger befürchten Lärmbelästigungen, Beeinträchtigungen der Wohn- und Lebensqualität, Eingriffe in die Landschaft und Schäden an Wohngebäuden. Die F.D.P.-Fraktion hat trotzdem für den Gipsabbau gestimmt und erwartet Verständnis für ihr Abstimmverhalten, denn in einer Demokratie muß abgewogen und entschieden werden. Und egal, wie im einzelnen abgestimmt wird, es gibt immer Bevölkerungsgruppen, die davon betroffen sind und die daran Kritik üben.

Der F.D.P.-Fraktionsvorsitzende sagte in seiner Rede, daß man keine heile Welt in den Morschener Ortsteilen vorfindet. Überall seien Lärmbelästigungen, Verunreinigungen, Gefähr-

dungen durch den Straßenverkehr und damit einhergehend Beeinträchtigungen der Wohn- und Lebensqualität festzustellen.

Diese Beeinträchtigungen auf ein Minimum zu reduzieren, um dabei ein Optimum für alle zu erreichen, das sollte und muß die Aufgabe aller politisch Verantwortlichen sein!

ALTER GIPSABBRUCH KONNEFELD

Die Bürgerinitiative „Rettet den Rotenberg“ in Konnefeld spricht der Firma Knauf eine sachgemäße Rekultivierung des alten Gipsabbruches ab. Sie spricht von einer Müllhalde, die Knauf hinterlassen habe. Ein schwerer Vorwurf. Interessant dann aber zu hören, daß es Interessenten - und sogar einen Konnefelder - geben soll, die diese „Müllhalde“ käuflich erwerben wollen. Wer kauft denn schon eine „Müllhalde“? Grund dafür kann doch nur sein, daß sich die Kaufinteressenten handfeste wirtschaftliche Vorteile versprechen. Ist es eigentlich redlich, auf der einen Seite der Firma Knauf eine sachgemäße Rekultivierung abzusprechen und auf der anderen Seite dieses Objekt käuflich erwerben zu wollen?



Auf dem Foto sehen Sie die offene Seefläche kurz nach dem Abschluß der Erdarbeiten im Gipsbruch Konnefeld. **Unser Vorschlag: Hier könnte z. B. auch eine attraktive Sport- und Freizeitanlage entstehen.**

ABWASSERGEBÜHREN

Bürgermeister Kohlhaas appelliert an die Gemeindevertreter, sie sollten dafür sorgen, daß sich der Gebührenhaushalt ausgleicht. Die Gemeinde könne sich einfach nicht mehr leisten, die Gebühren zu subventionieren. Das heißt schlichtweg, die Abwassergebühren sollen erhöht werden. **Wieder einmal der einfachste Weg!**

Wir hätten erwartet, daß sich der Gemeindevorstand Gedanken darüber macht, wie die steigenden Kosten und eine Gebührenexplosion verhindert werden können. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund hat dies nämlich getan und diese Initiative muß unserer Meinung nach unterstützt werden.

Der Städte- und Gemeindebund appelliert nämlich an Bund und Länder, die Abwasserbeseitigung nicht durch neue Gesetze unbezahlbar zu machen. Der Verband geht davon aus, daß die Gebühren in den nächsten Jahren um über 100 % steigen werden, wenn Bund und Länder weiter die Gesetze verschärfen, anstatt nach wirkungsvollen, aber kostengünstigen Alternativen zu suchen.

Wer den schlanken Staat will, muß auch schlanke Gesetze schaffen und nicht durch die Veränderung technischer Standards die Kosten ins Unermeßliche treiben. Wir alle wollen eine intakte Umwelt und fordern deshalb die Mandatsträger auf, nicht immer den einfachen Weg zu gehen, erhöhte Gebühren den Bürgern aufzubürden, sondern von „unten“ Druck nach „oben“ zu machen, damit die Gebühren auch in Zukunft bezahlbar bleiben.

Liebe Bürgerinnen und Bürger, wenn Sie Anregungen für unsere Arbeit oder Interesse an der Kommunalpolitik haben, dann setzen Sie sich ohne Scheu mit uns in Verbindung. Denn über Ihre Kontaktaufnahme freuen wir uns und sind dankbar für jede Anregung und vor allem für neue Ideen!